

Projektgruppe Grüner Morgentau (Hg.)

Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik

Ansätze zur Kultivierung
von ökonomischem Neuland

Campus Verlag
Frankfurt/New York
1986

21

Plädoyer für eine neue Geldordnung.
Eine keynesianische Alternative
zum Keynesianismus

Dieter Suhr

1. Zum Thema

Weder Geldrevolution noch Währungsreform

Das Stichwort »Neue Geldordnung« könnte Ängste auslösen: Eine »neue Geldordnung« läßt die Beseitigung der alten fürchten. Erinnerungen an Währungskrisen und Währungsreformen lenken die Besorgnis auf das Guthaben auf dem Sparbuch oder auf Geldvermögen in Form von Obligationen, Hypotheken und anderen Forderungen. Furcht löst Verunsicherung aus. Verunsicherung bewirkt Ablehnung.

Es besteht jedoch kein Grund zur Unruhe. Es geht nicht um Währungsreform i.S. einer Abwertung, auch sonst nicht um Revolution oder Chaos. Wenn meine Überlegungen stimmen und wenn die daraus herzuleitenden kleinen Veränderungen bedachtsam eingeführt werden, steht gerade kein Geldumsturz ins Haus. Wir könnten eher etwas ruhiger und erwartenssicherer in die Zukunft schauen. Eine Geld- und Währungskrise samt den damit einhergehenden wirtschaftlichen Unsicherheiten kommt vielmehr mit zunehmender Wahrscheinlichkeit dann auf uns zu, wenn wir unsere Geldordnung so lassen, wie sie ist. Außerdem würden die kleinen Änderungen, auf die es geldordnungspolitisch ankommt, den geschäftlichen Alltag zunächst kaum verändern. Nur Kredite würden billiger: Investitionen würden sich eher lohnen und Konsumenten könnten leichter Nachfrage vorverlegen.

»Monetaristische« Betrachtungsweise

Unter Fachökonomien gibt es einen alten Streit: Erleichtert das Geld in der Wirtschaft nur die Austausch- und Kalkulationsvorgänge, zeitigt es also sonst keinerlei problematische Wirkungen? Dann ist Geld »neutral«. Oder verzerrt es die Austauschvorgänge und Preisgefüge, bringt es dadurch Ungleichgewichtigkeiten hervor und löst es Krisen aus? Dann ist Geld nicht »neutral«.

Im ersten Fall hat man es mit dem berühmten, aber harmlosen, »Geldschleier« zu tun, der sich über die Wirtschaft breitet, ohne sie zu beeinflussen. Im zweiten spielt das Geld eine entscheidende Rolle in bezug auf das wirtschaftliche Gleichgewicht, auf Konjunktoren und auf Krisen: »money matters!«

Wer davon überzeugt ist, daß das Geld entscheidende Einflüsse auf Wirtschaftsabläufe hat, sei es wegen der jeweiligen Geldmenge, sei es wegen bestimmter Geldeigenschaften, der denkt »monetaristisch«. Ich denke monetaristisch. Aber mein Monetarismus geht über den der Chicagoer Schule hinaus, oder besser: er geht kritisch hinter seine Grundlagen zurück. Die Chicagoer Schule (vgl. Friedman 1970) interessiert sich vor allem für die Geldmenge und deren Wirkungsgrad. Mir dagegen geht es um etwas, was die Chicagoer Schule einfach, ohne es in Frage zu stellen, voraussetzt: um die *Strukturen und Eigenschaften* des Geldes selbst, und dann freilich auch um die wirksame Geldmenge.

Ausklammerung der Geldschöpfung und der Xeno-Märkte

Die Frage nach der »neuen Geldordnung« umfaßt Probleme, die den Rahmen dieses Beitrages sprengen:

Zum Thema »Geldordnung« gehört zumindest auch, daß der größere Teil des Geldes, mit dem die Wirtschaft arbeitet, gar kein staatliches Geld ist, wie wir es in Form von Münzen und Banknoten kennen, sondern *Privatgeld der Geschäftsbanken*: Kontengeld, Sichtguthaben, Giralgeld.

Die Geschäftsbanken schaffen dieses Geld, wie Geldtheoretiker es gelegentlich selbst ausdrücken, »aus dem Nichts« durch bestimmte Kredit- und Buchungsvorgänge: Sie *gewähren* z.B. einem Kunden »Kredit« (*Vertrauen*) und *schaffen* auf dieser Vertrauensgrundlage Geld (*Liquidität*), indem sie *ihm eine Einlage gutschreiben*, die er gar nicht »ingelegt« hat. Gehen die Geschäftsbanken dabei parallel vor, so können sie volkswirtschaftliche Liquidität schaffen. Werden solche Einlagen »zurückgezahlt«, so erlöschen die Sichtguthaben und Liquidität wird »vernichtet«.

Diese Privatliquidität bereitet der staatlichen, zentralbanklichen Währungspolitik einige Schwierigkeiten. Auch über die Legitimation der Zinseinkünfte aus selbstgeschaffener Privatliquidität der Geschäftsbanken muß noch nachgedacht werden: einmal im Hinblick auf die Gerechtigkeit von Einkommen aus einer Quelle, die ihrerseits mit etwas Vertrauen aus dem Nichts hervorgebuht werden kann; zum anderen unter allokatons- und lenkungspolitischen Gesichtspunkten. Wenigstens die wirksame *Menge* der Privatliquidität läßt sich mit geld- und währungstechnischen Mitteln noch ganz gut unter Kontrolle halten, jedenfalls auf nationaler, innerstaatlicher Ebene, sofern eine hinreichend straffe Geldmengensteuerung stattfindet.

Wie man der Herstellung und Vernichtung von selbstgeschaffener Privatliquidität der Geschäftsbanken geldmengen- und geldordnungspolitisch mit monetären Techniken noch sehr viel wirksamer beikommen kann, ist auch längst bekannt. Schon in den dreißiger Jahren hat Irving Fisher (1935) und in neuerer Zeit kein geringerer als der Papst der heutigen Monetaristen, Milton Friedman, dafür die sog. 100 %-Money-Regel empfohlen. Doch diese naheliegende Lösung scheint politisch so heikel zu sein, daß sie lange fast restlos verdrängt und erfolgreich verschwiegen worden ist. Es gehörte (und es gehört) sich in besseren geldwissenschaftlichen Kreisen offenbar nicht, über die Geldschöpfungs- und -vernichtungsfreiheit der Geschäftsbanken kritisch nachzudenken oder gar zu reden.

Erst heute, im Hinblick auf die *Privatgeldproduktion auf den Euro-Märkten* (Off-shore-Märkten; Xeno-Märkten), scheint das Problem wieder in Erinnerung zu kommen. So nämlich, wie es Billigflaggenländer für das internationale Reedereigeschäft gibt, unter deren Flagge z.B. Großtanker mit einem Minimum von Vorschriften, Staatsaufsicht und Kosten ihre Profite wettbewerbsgünstig einfahren können, - so gibt es seit gut zwei Jahrzehnten *Billigflaggenländer für das internationale Bankgeschäft*, in denen Banken unter einem Minimum von Vorschriften und Staatsaufsicht, also auch mit einem Minimum von Kosten, ihre Kredit- und Geldherstellungsgeschäfte betreiben können. Das ist der Bereich der Euro-Devisen, der Bereich der Xeno-Märkte. »Xeno«-Märkte: Das sind »Fremd«-Märkte, weil es sich jeweils um Dollarguthaben außerhalb der USA, also in Nicht-Dollar-Ländern handelt, sowie etwa um DM-Guthaben in Nicht-DM-Ländern und um Frankenguthaben in Nicht-Franken-Ländern. (Vgl. Hankel/Kupky 1984, 50 ff., 82 ff. und Schlesinger 1984, 5 f.)

Was sich auf diesen Märkten in Höhe von Hunderten von Milliarden abspielt, sprengt das Vorstellungsvermögen nicht nur des einfachen Bürgers, sondern offenbar auch vieler Wirtschaftsjournalisten. Denn wenn nicht gerade einer der wenigen redebereiten Kenner zu Worte kommt oder ein Zentralbankmann nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand spricht, erfährt man kaum et-

was von dem, was sich hinter dem Horizont des normalen geld- und wirtschaftspolitischen Wahrnehmungskreises auf den Xeno-Märkten tut. Das zur Zeit wohl heikelste und brisanteste Stück des Weltwährungsgeschehens ist auch das unbekannteste, und statt von Weltwährungsordnung oder gar »Weltwährungsverfassung« muß man viel eher von Weltwährungsfreistil sprechen, – trotz allen Bemühens der Zentralbanken und der Bankenaufsicht in den Industriestaaten, das Geschehen wenigstens indirekt und auf freiwilliger Basis noch unter Kontrolle zu halten.

Vieles spricht dafür, daß der Niedergang des Dollars und sein strahlender Wiederaufstieg weniger mit den Daten der US-Wirtschafts- und Haushaltspolitik zusammenhängen (die einen ganz anderen Verlauf erwarten ließen), als vielmehr mit enthemmter Liquiditätsproduktion und nachfolgender Liquiditätsvernichtung auf den Xeno-Dollar-Märkten: Stimuliert durch die Petro-Dollar und nicht gebremst durch Sensibilität für Kreditrisiken wurde Dollarliquidität produziert, die zu einer Inflation des Dollars auf den Xeno-Märkten noch stärker als auf dem heimischen US-Markt führte. Dann zeichneten sich die Kreditrisiken ab, und der Phase risikofreudiger Produktion von Xeno-Dollar-Liquidität folgte womöglich eine risikofeindliche Vernichtung dieser Liquidität mit einer Deflation des Dollars, die sich wiederum auf den Xeno-Märkten stärker auswirkte als auf dem US-Inlandsmarkt. Dabei dürfte die »Vernichtung von Privatdollar-Liquidität« nicht gleichgesetzt werden mit »Rückgang von Krediten an Nichtbanken«; vielmehr stünde für die Abwicklung der realwirtschaftlichen und – vor allem! – der anschwellenden monetären Transaktionen (Tilgungen, Umschuldungen, Zinszahlungen, Neukredite) nur weniger Liquidität zur Verfügung als vorher. Folge: Knappe Dollarliquidität auf dem Kapitalmarkt (hohe Zinsen) und gesuchte Dollarliquidität auf den Devisenmärkten (starker Dollar).

Struktureller Monetarismus

Ich aber möchte mich mit den Fragen privater Liquiditätsproduktion und -vernichtung hier gerade nicht eingehender befassen. Mir geht es jetzt vielmehr um eine andere Problematik, die mit den Eigenschaften und der Struktur unseres heutigen Geldes zusammenhängt unabhängig davon, wer die monetäre Liquidität schafft, um die es geht.

Unser Geld hat m.E. Strukturängel, und es fragt sich: Kann man, wie die Chemiker heute »Werkstoffe nach Bedarf und Maß« synthetisieren, auch ein Geld nach idealen Maßen konzipieren und einrichten, das zwar alle segensreichen Eigenschaften unseres überlieferten Geldes besitzt, die verdeckten, aber tiefgreifenden Mängel jedoch nicht aufweist? Die Antwort lautet »ja!«

Keynes hatte recht mit einigen wenig bekannten, dafür aber entscheidenden Überlegungen, die auf etwas ganz anderes hinauslaufen als der übliche »Keynesianismus«: Keynes war in einer bestimmten Hinsicht ein sehr viel scharfsinnigerer *Monetarist* als die, die sich später so nennen sollten. Er hatte recht mit seinen »*carrying costs*« für Liquidität (vgl. Keynes 1936, 196, 302), über die nachzudenken er die Ökonomen aufgefordert hat und die er in seinem Keynes-Plan für den internationalen Währungsfonds auch praktisch vorgeschlagen hatte, über die die Ökonomen seitdem jedoch so gut wie nie nachgedacht und die sie daher erst recht nicht zur Sanierung der Wirtschaft in Betracht gezogen haben. Im Folgenden geht es u.a. darum, die Aufmerksamkeit von Ökonomen und Politikern auf diese jedenfalls in der professionellen Fachwelt weitgehend vergessenen und versunkenen Erkenntnisse von Keynes hinzulenken. Dabei soll der Blick zurückwandern von den Symptomen der heutigen Krise über eine ihrer entscheidenden Ursachen hin zu einer Art von keynesianischem Monetarismus, wie er sich bei genauer Analyse als Therapie abzeichnet.

2. Von den Symptomen zur Ursache

Massenarbeitslosigkeit und ungedeckte Bedürfnisse

Bei uns und andernorts wollen Millionen von arbeitslosen Menschen Beschäftigung, ohne sie zu finden: eine ungeheuere Reserve an menschlicher Leistungsfähigkeit, ein ungeheueres Leistungsangebot, zu dem die entsprechende *Nachfrage* fehlt, und zwar so, als fehle es auch am *Bedarf* (vgl. zum folgenden Suhr 1983a, 221-227).

Gibt es aber denn auf der Welt wirklich nichts mehr zu tun? Sind alle Wünsche schon erfüllt, alle privaten und alle öffentlichen Aufgaben so weit erledigt, daß wir es uns leisten können, die große, kostspielige Leistungsreserve »vorzuhalten«? – von den anderen sozialen und persönlichen Nöten der Massenarbeitslosigkeit ganz zu schweigen!

Trotz deutlicher Zeichen einer Überflußgesellschaft sind nicht bei uns, und erst recht nicht in den Entwicklungsländern, die privaten Bedürfnisse schon hinreichend gedeckt – die öffentlichen schon gar nicht. Allein zur Rettung und Wiederherstellung der Umwelt besteht riesenhafter Leistungsbedarf. Die Marktwirtschaft versagt hier bei ihrer elementarsten Marktfunktion in grandiosem Ausmaß: Das massenhafte Leistungsangebot der Millionen von Arbeitslosen in aller Welt und der ebenso massenhafte private und öffentliche Bedarf

kommen nicht miteinander ins Geschäft. Die Zinsen z.B., die die öffentliche Hand für Mittel zahlen muß, ohne die sie dringendste öffentliche Aufgaben kaum erledigen kann, fließen typischerweise zu Anlegern hin, die kaum noch wissen, was sie mit ihrem vielen Geld anderes anfangen sollen, als es um Zinsen und Zinseszinsen weiter zu vermehren. Ist das eine marktwirtschaftlich funktionsgemäße Lenkung und Allokation von monetärer Liquidität? - Oder hat man es bei derartigen Zinszahlungen mit einer allgemein *kontraproduktiven Gegenstromstruktur* zu tun, die es zu klären und zu entschärfen gilt?

Kein Einkommen für Arbeitswillige mit Bedarf

Wieso finden das massenhafte Leistungsangebot und der massenhafte Leistungsbedarf nicht zueinander und zum Austausch? Eine gängige Antwort lautet: »Weil Arbeit zu teuer geworden ist!« Das klingt plausibel. Das ist auf der Ebene der Symptome und ihrer Folgen auch teilweise zutreffend. Aber diese zunächst plausible Erklärung ist irreführend für unsere Volkswirtschaft, sobald man nach ursprünglicheren Ursachen forscht, und sie ist absurd bis zynisch hinsichtlich der Arbeitslosigkeit in unterentwickelten Ländern. Es fehlt vielmehr ganz einfach am Tauschmittel, ohne das im realwirtschaftlichen Bereich der Strom der Waren und Dienste nicht fließen kann: Ohne Zirkulationsmittel keine Zirkulation zwischen Produktion und Konsum.

In einer Wirtschaft, in der jeder selbst erarbeitet, was er braucht, lenkt sein individueller Bedarf direkt seine Tätigkeit auf das, was er braucht. Ebenso bestimmt sein Bedarf, wieviel Aufwand er zur Bedarfsdeckung betreibt. Sobald die Menschen jedoch mit der Arbeitsteilung anfangen, schiebt sich zwischen Bedarf und Leistung der Tausch. Also tritt zu dem *primären* Bedarf, der auf *direkte* Befriedigung der Bedürfnisse gerichtet ist, ein *sekundärer* Bedarf nach Tauschakten hinzu: ein »Bedarf« nach bedarfsdeckenden *Transaktionen* (Reflexivwerden des Bedarfs). Ich nenne diesen Bedarf, der sich auf das Instrument zur Bedarfsdeckung richtet, hier und im folgenden: *Transaktionsbedarf*.

Anbieter und Nachfrager haben solchen Transaktionsbedarf. Aber ohne liquides Tauschmittel kommen Angebot und Nachfrage nicht miteinander ins Geschäft. Ihr »Transaktionsbedarf« erscheint dann ökonomisch als Bedarf an Geld, genauer als *Liquiditätsbedarf*. Ohne Liquidität können Produzenten und Konsumenten nicht die erforderlichen Transaktionen abwickeln, es sei denn, sie tauschen Naturalien oder bilden Tauschringe: *Naturalientausch* (etwa zwischen finanzschwachen Ländern) und *Bartering-Clubs* (z.B. in den USA mit Milliardenumsätzen, nunmehr aber auch bei uns) sind zuverlässige Indikatoren dafür, daß das offizielle monetäre Tausch-, Liquiditäts- und Verrechnungssystem

partiell versagt (vgl. Gottschalk 1984, 54-74). Andere, an sich weniger elegante Systeme müssen in die Marktlücke einspringen, soweit das offizielle monetäre System wegen hoher Kosten für die Betroffenen nicht mehr wettbewerbsfähig ist.

Hat ein Arbeitsloser keine Liquidität, sondern nur seine noch nicht verflüssigte »Arbeitskraft«, so kann er keine Leistung abrufen, keine Nachfrage halten. Ihm fehlt zur Transformation seines Bedarfs in Nachfrage nicht etwa das persönliche »Kapital«; denn er besitzt und verfügt über seine eigene *Arbeitskraft*. Ihm fehlt die *Liquidität*. Sind viele Menschen arbeitslos, so geht es ihnen wie ihm: Sie können die Leistungen, für die sie Bedarf haben und die sie einander auch gern erbringen möchten, nicht abrufen, weil ihnen die erforderliche Liquidität fehlt: nämlich der *monetäre Katalysator*, ohne den es nicht zur »ökonomischen Synthese« von Leistungsbedarf und Leistungsangebot kommt.

Überall dort, wo bei uns und andernorts privater und öffentlicher Bedarf besteht, fehlt es an Liquidität. Also kann aus dem bloßen Bedarf an Leistung keine Nachfrage nach Leistung werden. Denn Nachfrage und Bedarf sind nicht identisch: Nachfrage entsteht nicht schon aus Bedarf allein, sondern erst, wenn der Bedürftige auch liquide ist, um zu bezahlen, was er braucht. Weil die arbeitslosen Bedürftigen nicht liquide sind, wird ihr Bedarf nicht zur Nachfrage. Weil ihr eigener Bedarf nicht zur Nachfrage wird, können sie ihr eigenes Leistungsangebot nicht loswerden - selbst dann nicht, wenn sie füreinander genau das produzieren wollen, was sie voneinander benötigen. Wir haben es also zu tun mit potentiellen Konsumenten. Wir haben es auch zu tun mit potentiellen Produzenten. Aber mangels Tauschmedium werden die potentiellen nicht zu aktuellen Konsumenten, deren Bedarf wirklich zur Nachfrage wird, und eben deshalb bleiben sie auch bloß potentielle und werden nicht aktuelle Produzenten, die füreinander produzieren, was sie voneinander begehren und was sie einander auch abnehmen würden, wären sie liquide.

So funktionsuntauglich ist unser derzeitiges monetäres Liquiditätssystem »Geld«, daß es potentielle Konsumenten und potentielle Produzenten nicht mehr zur volkswirtschaftlichen Zirkulation miteinander in Verbindung bringt. Wohlgermerkt: Es fehlt nicht eigentlich am Vermögen oder am Vermögenswert. Die potentiellen Konsumenten und Produzenten brauchen keinen Reichtum. Sie haben ihre Arbeitskraft und sie haben Bedürfnisse, und die würden zusammen durchaus genügen, um die Zirkulation zu starten, wenn die Betroffenen liquide wären. Sie brauchen also nicht eigentlich den Vermögenswert, den Geld verkörpert, sondern seine Liquidität: Das Geld würde bei ihnen seinen Zweck vollkommen erfüllen, wenn es von Hand zu Hand ginge als gegenläufig strömender Katalysator des Tausches, *ohne* daß sich der *Vermögenswert* des Geldes dabei irgendwie anders niederschlägt als in Form der mit dem Geld bezahlten

realen Dienstleistung oder Ware. Die Liquidität aber, die die *verhinderten* Konsumenten und Produzenten brauchen, um *wirkliche* Konsumenten und Produzenten zu werden, kostet Zins.

Die Zinsen sind die *volkswirtschaftlichen Transaktionskosten*, die die Konsumenten und Produzenten zusammen an diejenigen abzuführen haben, die selbst keinen Bedarf an realwirtschaftlichen Transaktionen haben, wohl aber Liquidität, die sie vermarkten können an diejenigen, die ohne Liquidität ihre realwirtschaftlichen Transaktionen nicht abwickeln können. Können Produzenten und Konsumenten bei dem von ihnen geplanten Austausch von Produktion und Konsum den Zins nicht erwirtschaften, dann ist für sie das monetäre Tausch- und Vermittlungssystem nicht mehr finanzierbar. Sie müssen zu *volkswirtschaftlich* aufwendigeren, *für sie* aber preiswerteren Verfahren übergehen: Naturalientausch, Bartering-Clubs.

Der letzte Grund für diese scheinbar unerklärbare Wahl eines aufwendigeren Tausch- und Verrechnungsverfahrens liegt darin, daß Liquidität für die Wohlhabenden, die sie übrig haben, *marginalen* Wert hat, so daß sie sie dorthin lenken, wo sie den größten Ertrag *für sie* erbringt, während Liquidität für die ärmeren Menschen oder Länder, die unter Liquiditätsmangel leiden, *existentielleren* Wert hat, so daß sie sie für existentiellere Zwecke verwenden müssen und für darüber hinaus beabsichtigte Transaktionen dann Verfahren wählen müssen, die *für sie* überhaupt noch möglich bleiben, weil sie keine kostbare Liquidität absorbieren.

Einkommen ohne Arbeit für Vermögende ohne Bedarf

Den Bedürftigen, die zugleich arbeitswillig sind, fehlt die Liquidität, um mit dem Leistungsangebot von ihresgleichen, letztlich also mittelbar mit sich selbst, ins Geschäft zu kommen. Es fehlt jedoch nicht schlechthin an Liquidität. Es gibt nicht etwa insgesamt zu wenig davon. Im Gegenteil: Während die Wirtschaft stagniert, der Beschäftigungsbereich lahmt und das Bruttosozialprodukt stillsteht oder abnimmt, tut sich etwas im »monetären Bereich« und im »Bankensektor«.

Der Bankensektor *strotzt von Krediten und Geldströmen*. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen der Banken sind vor allem in der letzten Zeit schneller und kräftiger gestiegen als die Löhne, schneller und kräftiger als die Arbeitslosenzahlen und schneller und kräftiger als irgend eine andere ähnlich signifikante volkswirtschaftliche Strömungsgröße. Der monetäre Bereich und der Bankensektor entwickeln sich zu einer Art von monetärem Wasserkopf der Volks- und Weltwirtschaft. Dieser »monetäre Wasserkopf« bläht sich weiter und weiter auf. Er wächst dem realwirtschaftlichen Körper zunehmend schneller davon.

Liquidität ist also da. Sie ist auch unterwegs. Aber die Kassen, in welche und durch welche die Zinsen strömen, sind nicht diejenigen, deren Besitzer Liquidität wirklich brauchen, um miteinander ins Geschäft zu kommen und realwirtschaftliche Vorgänge abzuwickeln.

Die rapide anschwellenden Zinsströme fließen bei uns und andernorts in die Kassen jener Leute, die Geld verleihen. Das sind die Leute, die, ohne sich vom *Buchwert* ihres Geldes zu trennen, die *Liquidität* des Geldes anderen auf Zeit und gegen Entgelt zur Verfügung stellen. Und wer vermarktet die Liquidität seines Geldes derart? Ganz einfach: Wer Geld besitzt und dessen *Wert* zwar behalten will, aber die *Liquidität* seines Geldes, weil er selbst keine realwirtschaftlichen Transaktionen ausführen möchte, *übrig* hat. Zu ihm also, *der sie am allerwenigsten braucht*, strömt in Gestalt der Zinsen *weitere* Liquidität.

Wer Liquidität übrig hat, hat seinen Bedarf so weit gedeckt, daß ihm Zinsen und Renditen lieber sind als die Befriedigung weiterer anderer Wünsche. Ihm erscheint der Nutzen aus der Vermarktung seiner Liquidität größer als der Nutzen aus der Verwendung des Geldes als eines Mittels zur Abwicklung realwirtschaftlicher Transaktionen und als der Nutzen aus den mit den Transaktionen erlangbaren realen Gütern. Wir können, etwas vereinfacht, diese »Anleger« im Vergleich mit denen, die nicht einmal Arbeit finden, um ihren Grundbedarf selbst decken zu können, als »Nichtbedürftige« bezeichnen. Sie haben Einkommen ohne Arbeit. Hier dient die Volkswirtschaft nicht mehr der Bedürfnisbefriedigung, sondern ganz im Gegenteil: Sie zieht die Liquidität, die zu Transaktionszwecken und damit indirekt zur wechselseitigen Bedürfnisbefriedigung über den Markt erforderlich ist, von denen ab, die noch *produzieren, konsumieren und tauschen wollen*, und schiebt sie den Anlegern zu, die selbst weder produzieren noch konsumieren noch tauschen, sondern nur ihr *Vermögen vermehren* wollen. So ist die Volkswirtschaft durch die Struktur ihres Tausch- und Liquiditätssystems dazu programmiert, ihrem eigenen Sinn und Zweck entgegenzuwirken, nämlich den Produzenten und Konsumenten ständig ihr unentbehrliches Transaktionsmedium zu entziehen.

Liquiditätsströme auf Umwegen durch falsche Kassen

Von den Geldströmen, die in Form von Zinsen in die vollen Kassen ohne Bedarf fließen, bleibt dort freilich nur der *Tauschwert* des Geldes hängen, während die *Liquidität* dieser Gelder alsbald wieder angelegt wird, um noch mehr Zinsen zu erbringen. Dabei wird die Liquidität vom Geldwert, der in den Büchern stehen bleibt, »abgespalten« und *isoliert vermarktet*. Das wird verdeckt, weil man sich den Kredit als »Geldverleih« und in Anlehnung an die Übergabe von Bank-

noten vorstellt. So scheint es, als würde dem Kreditnehmer nicht nur Liquidität, sondern auch Kaufkraft überlassen. Tatsächlich aber bleibt der Rückzahlungsanspruch als Aktivposten in den Büchern beim Kreditgeber, und der Kreditnehmer ist mit der Rückzahlungsschuld belastet. In diesem Sinne »behält« der Kreditgeber den »Wert« seines Geldes und er vermarktet nur die davon abgehaltene Liquidität.

Indem der Kreditgeber seine Liquidität anderen gegen Entgelt zur Verfügung stellt, gibt er sie zurück in den realwirtschaftlichen Bereich. So wird sie anderen, die Liquidität brauchen, wieder zugeführt. So kommt »das Geld« doch wieder zurück in die Wirtschaft. So fließt es zurück in den »realwirtschaftlichen« und in den »Beschäftigungsbereich«, wo es dann wieder dazu dienen kann, zwischen Leistung und Bedarf zu vermitteln. Ist also doch alles in bester Ordnung?

Es ist nicht alles in bester Ordnung: Das Geld, das in Form von Zinsen und Renditen erst einmal in die »vollen Kassen ohne Bedarf« fließt, bevor seine Liquidität wieder in »leere Kassen mit realwirtschaftlichem Transaktionsbedarf« geleitet wird, dieses Geld strömt auf Umwegen. Genauer: Diese *Liquidität* strömt auf sehr kostspieligen Umwegen. Denn jede Rückführung der Liquidität aus den vollen Kassen in die leeren Kassen kostet Zins. Und diesen Zins erhält, wer ohnehin schon Liquidität, aber keinen realwirtschaftlichen Transaktionsbedarf mehr hatte. Und diesen Zins muß aufbringen, wer bei andauerndem realwirtschaftlichem Transaktionsbedarf ohnehin schon zu wenig Liquidität besaß.

Man kann daher sagen: Die Liquidität des Geldes, das in Form von Zinsen in die »vollen Kassen ohne Bedarf« strömt, befindet sich auf einem »Umweg durch die falschen Kassen« - »falsch« insofern, als sie durch Hände geht, die sie gar nicht für die Vermittlung und den Austausch von realwirtschaftlichen Leistungen und Gegenleistungen benötigen: *Fehlallokation der monetären Liquidität*.

Das derzeitige monetäre Tausch-, Liquiditäts- und Verrechnungssystem (»Geldordnung«) produziert also ständig und nachhaltig Fehlallokation der Liquidität: Die, die sie nicht mehr brauchen, weil sie keinen zusätzlichen realwirtschaftlichen Transaktionsbedarf mehr haben, bekommen sie gewissermaßen automatisch und »frei Haus« geliefert. Und die, die ohne die Liquidität keine realwirtschaftlichen Transaktionen in Gang bringen können, denen wird sie in Gestalt der Zinsen ständig abgezogen. Das ist zugleich ein sonderbarer *Zwangssparprozeß*, dem die Geldordnung die Konsumenten und Produzenten zum Wohle der vermögenden Anleger unterwirft. Der allgemeine volkswirtschaftliche Bedarf an realwirtschaftlichen Transaktionen wird zur großangelegten Pfründe für alle diejenigen, die solche Transaktionen gar nicht mehr abwickeln wollen, aber kraft der Geldordnung die dafür erforderliche Liquidität immer wieder zugespielt bekommen.

Roboterrenditen verdrängen Arbeitslöhne

Was aber haben die »bloß monetären« Umwege der Liquidität durch die falschen Kassen mit den *wirklichen Ursachen* unserer Wirtschaftsprobleme, insbesondere mit der *Arbeitslosigkeit* zu tun? Sind es nicht vielmehr die Automaten und Roboter, die den Menschen vom Arbeitsplatz verdrängen? In der Tat: Arbeitsplätze werden wegrationalisiert und wegroboterisiert. Doch der Einsatz der Roboter wäre lenkungs- und allokatiospolitisch harmlos, wenn das, was die Automaten und Roboter erarbeiten, vom Unternehmer und von den Arbeitnehmern untereinander aufgeteilt würde, so daß sie beide mit weniger Aufwand, also etwa unter Verkürzung der Arbeitszeit, produzieren und dank der in ihre Kassen geleiteten Liquidität *direkte* Nachfrage nach Konsumgütern und Produktionsmitteln halten könnten.

In die Roboterrenditen jedoch teilen sich gerade nicht die realwirtschaftlich tätigen Unternehmer und Arbeitnehmer, gerade nicht die Produzenten und Konsumenten. Die Roboterrenditen fließen vielmehr in die Tasche des Dritten im Bunde: nämlich in die Taschen des Kapitalgebers. Das eigentliche Problem der Rationalisierung, Automatisierung und Roboterisierung in bezug auf die Arbeitsmarktprobleme liegt also durchaus nicht darin, daß im Unternehmen mit weniger Arbeit mehr produziert wird. Es liegt vielmehr darin, daß, wo vorher die *Löhne* für Arbeit an *Beschäftigte* gezahlt werden, die noch nennenswerten *Bedarf* haben, nachher *Roboterrenditen* an *Kapitalgeber* fließen, die Geld anlegen konnten, weil sie es wegen *Mangels an weiterem Bedarf* schon vorher übrig hatten.

Wir haben es also auch dort, wo Roboterrenditen die Arbeitslöhne verdrängen, mit dem gleichen Befund zu tun: Monetäre Liquidität von Zinsen und Renditen fließt *auf Umwegen* durch die falschen Kassen: »Fehlallokation«. Ob wir wollen oder nicht: Auch der Blick auf die handfeste wirtschaftliche Wirklichkeit mit Rationalisierung, Automatisierung und vor allem Roboterisierung wird am Ende, wo es um die negativen Folgen geht, wieder zurückgelenkt in den monetären Bereich. Die Renditen vermehrbaren Sachkapitals folgen den Zinsen des Finanzkapitals in den monetären Bereich.

Das monetäre Recyclingproblem

Das also ist das Problem: Ströme von Zinsen und Renditen fließen immer wieder in die Kassen, die schon vorher voll waren, und dann muß, wenn schon nicht der Vermögenswert, dann doch *wenigstens die Liquidität* dieser Gelder in die Kassen zurückgeleitet werden, die bei andauerndem realwirtschaftlichen

Transaktionsbedarf über zu wenig Liquidität verfügen: *Recycling der Liquidität* von ersparten Geldern.

Die Technik dieses Recycling ist die Geldanlage: insbesondere der Kredit. Die Liquidität, die in Form von Krediten aus dem monetären Bereich in die übrige Wirtschaft zurückgereicht wird, kann nun entweder an Konsumenten ausgeliehen werden oder an Investoren: Konsumentenkredit oder Investitionskredit.

a) Das Recycling über *Konsumentenkredite* stößt allerdings schnell an absolute Grenzen: Wer schon auf Kredit leben muß, hat ohnehin wenig Geld und wird durch die Zinsen für den Kredit so belastet, daß er nur so viel Kredit aufnehmen kann, wie er zu verzinsen imstande ist.

Wohin also mit den Zinsen und Zinzeszinsen, die die Geldströme anschwellen lassen, die in die vollen Kassen ohne Bedarf fließen? Wohin mit der Liquidität dieser Geldströme, wenn der Recycling-Kanal der Konsumentenkredite sehr schnell verstopft ist?

b) In den Kanal der *Investitionskredite* - denn bei unternehmerischen Investitionen kann Gewinn erwirtschaftet, und aus den Gewinnen können auch die Zinsen gezahlt werden, die bei dem Recycling anfallen.

Doch auch die Benutzung dieses Recycling-Kanals der Investitionskredite zeitigt Folgen, die auf lange Sicht nicht tragbar sind: Investieren läuft auf Wirtschaftswachstum hinaus, und das Recycling von exponentiell anschwellenden Mengen von Liquidität funktioniert nur bei exponentiellem Wirtschaftswachstum. Exponentielles Wirtschaftswachstum jedoch ist langfristig ebenso absurd wie tödlich.

c) Etwas nicht weniger Wichtiges kommt hinzu: Es ist ordnungs- und lenkungspolitisch schlechthin unsinnig, Liquidität dort ständig abzuziehen, wo noch realer Bedarf besteht, und über die optimale Verwendung dieser Liquidität ausgerechnet diejenigen Wirtschaftssubjekte entscheiden zu lassen, die ihre realen Bedürfnisse schon befriedigt haben, so daß sie nur noch den pathologischen »Bedarf« nach noch mehr Geld kultivieren: Mit jeder Fehlallokation von Liquidität in den monetären Bereich hinein wird die Volkswirtschaft ein Stückchen von ihrem »eigentlichen Zweck« der Bedürfnisbefriedigung abgebracht und auf den pathologischen Zweck schierer privater Vermögensvermehrung ausgerichtet. Genau diese Umprogrammierung der Volkswirtschaft weg von der Produktion zur Bedürfnisbefriedigung hin auf Optimierung der Vermögensvermehrung bei denen, die schon Liquidität »übrig haben«, findet statt, wenn man darauf vertraut, daß das Recycling der Liquidität über die Investitionskredite schon langfristig gutgehen werde.

Den Fachleuten *kann* freilich diese zunächst schleichende, dann trabende und allmählich galoppierende *Zweckveränderung des Wirtschaftens* nicht weiter

auffallen: Sie nämlich pflegen ohnehin in Vorlesungen und Lehrbüchern die Frage nach Sinn und Zweck des Wirtschaftens meist gar nicht mehr ernsthaft und *durchhaltend konsequent* zu stellen. Sie betreiben vielmehr ihre Volkswirtschaftslehre gleich mehr oder weniger bewußt vom Standpunkt dessen, dem es um *Kapitalvermehrung*, und nicht vom Standpunkt dessen, dem es um die optimale *Befriedigung seiner Bedürfnisse durch eigenen Leistungsbeitrag zur Volkswirtschaft* geht. So ist nicht nur die reale Volkswirtschaft, sondern auch die Theorie dazu im obigen Sinne »fehlprogrammiert«, und es wird um so schwieriger, bei denen, die in Wissenschaft und Politik verantwortlich sind, auch nur leise Zweifel daran zu erwecken, daß mit Geld, Liquidität und Zins heute alles in bester Struktur und Ordnung sei - verkörpert und versinnbildlicht der Zins doch das volkswirtschaftliche Ideal des kapitalistischen *perpetuum mobile* der ewigen Rente auf geradezu idealtypische Weise: Undenkbar, daß dieses Modell und Vorbild des kapitalistischen Schlaraffenlandes, in dem die fertigen Renditen dem Anleger in die Taschen fließen, irgendwie mit einem Makel behaftet sein könnte, der dem Fachmann bislang entgangen wäre. Jeder Verdacht in dieser Hinsicht ist Ketzerei und Hochverrat, oder noch eher: Abwegiges bis Unsinniges, auf das man sich als gestandener Fachökonom oder Wirtschaftspraktiker nicht ernsthaft einzulassen braucht, das man also einfach abwehrt und übergeht.

Wachstumszwang

Das Recycling der anschwellenden Liquiditätsströme durch den monetären Bereich kann langfristig nur über den Kanal der Investitionskredite laufen. Also »muß« unsere Wirtschaft wachsen: Nur wenn die Wirtschaft in dem Maße wächst, wie die Liquidität gesparter Gelder aus Kassen ohne realwirtschaftlichen Transaktionsbedarf in Kassen mit solchem Bedarf zurückgeführt werden muß, kann die Liquidität, die mit den Renten in den unproduktiven monetären Bereich abfließt, wieder im realwirtschaftlichen Bereich ihre Transaktionsaufgaben erfüllen. So hängen auf eine recht einfache und verständliche Weise Zins und Wachstumszwang miteinander zusammen.

Weil sich nur Investitionen »rentieren«, die mehr Ertrag als Finanzkapital erwarten lassen, werden Aufgaben nicht mehr marktmäßig angepackt, die nur Werterhaltung oder geringere Renditen erwarten lassen als Geldanlagen im übrigen. Werden sie dann vom Staat aufgegriffen und erledigt, direkt oder durch Subventionen, so müssen die Mittel dafür dort abgezweigt werden, wo noch »rentabel« gearbeitet wird. Das erhöht dort wiederum die Kosten (Steuern, Abgaben). So wird nicht nur die Wirtschaft, sondern auch dieser Bereich der nicht mehr über den Markt erledigten Aufgaben *durch die Struktur der Geld-*

ordnung auf ein verhängnisvolles Wachstum vorprogrammiert. Zu den »nicht rentierlichen« Aufgaben gehört dann auch das Ernähren der nicht mehr rentierlich zu beschäftigenden Arbeitslosen. Niemand also darf sich wundern, daß der öffentliche Sektor (und damit die Last der Steuern und sonstigen Abgaben) anschwillt. Indirekte Hauptursache sogar auch dafür ist die Rentabilitätsschwelle, die der Geldzins errichtet. Der vielbeschuldigte »Wohlfahrtsstaat« springt auch hier zum großen Teil nur in eine Lücke, die geldordnungsmäßig vorprogrammiert ist.

Warum also »muß« die Wirtschaft wachsen? Weil die Leute, die über volle Kassen verfügen, typischerweise *keinen* eigenen realwirtschaftlichen Transaktionsbedarf mehr haben. Es ist also jedenfalls zur Zeit nicht so, daß unsere Wirtschaft auf Kosten der Umwelt wächst, weil wir unsere *Bedürfnisse ins Unendliche verfeinern und vervielfältigen*. So sehen es zwar die Moralisten gern, die uns Enthaltensamkeit predigen wollen und ihre Stunde gekommen sehen. Doch mit solcher Moral verstellt man sich nur selbst den Blick darauf, daß es gerade umgekehrt ist: Weil die Leute mit vollen Kassen *keinen* vernünftigen Bedarf außer dem Verlangen nach Geldvermehrung mehr haben, deshalb steht ihre Liquidität der Wirtschaft für realwirtschaftliche Transaktionen nur zur Verfügung, wenn ihr Geld sich dabei vermehrt, wenn es also investiert wird und die Wirtschaft durch die Investitionen wächst.

Absurd aber treffend: Die Wirtschaft steht unter Wachstumszwang nicht deshalb, weil der einfache Mensch noch Bedürfnisse hat, sondern weil die oberen Zehntausend satt sind.

Auf die Dauer werden wir mit Bedürfnissen, die außer Kontrolle geraten, sicher unsere Probleme bekommen, vor allem in einer zunehmend roboterisierten Welt. Insoweit hat die ökologische Kritik an der Konsumgesellschaft ihre Berechtigung: Wenn man *an Geld* herankommt, ohne zu arbeiten, dann muß man auch nicht notwendig mehr arbeiten, um *an mehr Konsum* heranzukommen. Solange man sich jedoch überlegen muß, ob sich der Aufwand zusätzlicher Arbeit für den damit erlangbaren zusätzlichen Konsum lohnt, greift die »Grenznutzenbremse«; denn jede zusätzliche Arbeitsstunde kostet überproportional mehr Schweiß, wenn man ohnehin schon 60 Stunden in der Woche arbeitet, – aber jede zusätzlich verdiente Deutsche Mark zählt weniger als die ersten, die man verdient. Das setzt Konsumsüchten und Vermögensbildungssüchten »natürliche« Grenzen. Kommt aber das Einkommen ohne Aufwand: sei es, weil Geld, Zinsen und Zinseszinsen für einen »arbeiten«, sei es, weil Roboter für einen funktionieren, dann wirkt die Grenznutzenbremse immer weniger, und ganz andere, suchtähnliche Verhaltensmuster nehmen überhand. Das alles ist klar! Aber der derzeitige »Wachstumszwang« kommt gerade nicht vom Übermaß an Konsumbedürfnissen, sondern von der abstrakten Lust zur

Vermehrung von Geld, Vermögen und Macht. Dieser Lust zur Vermehrung von Geld, Vermögen und Macht werden durch unsere Geldordnung nicht nur Tür und Tor, sondern inzwischen geradezu die Schleusen geöffnet, freilich nur für die, die ohnehin schon Geld übrig haben, so daß sie seinen Wert behalten und aus seiner Liquidität noch mehr Kapital schlagen können.

Unnötig hohe Rentabilitätsschwelle

Obwohl Arbeitsplätze in Fabrikhallen an Maschinen leerstehen, müssen zur Zeit neue geschaffen werden, wenn die Beschäftigung zunehmen soll. Denn nur »rentable« Arbeitsplätze bleiben besetzt. Eine Sachinvestition (Realkapital) rentiert sich im Verhältnis zum bloßen Geldverleih (Geldkapital oder Finanzkapital), wenn sie, sehr vereinfacht ausgedrückt, dem Anleger mehr einbringt, als er Zins bekommen kann.

So setzt der Geldzins eine Rentabilitätsschwelle für Produktivkapital. »Rentabilität« ist also ein *relativer Maßstab*: Eine Produktion, deren Rentabilität die Geldzinsschwelle nicht überwindet, rentiert sich – relativ zur Geldkapitalanlage mit ihrem Zins – nicht. Sie kommt gar nicht zustande. Arbeitsplätze, die sich bei geringerem Zins als Maßstab und Schwelle der Rentabilität noch »rentieren« würden, entstehen also nicht oder, falls sie bestehen, verschwinden mit der Zeit.

Unternehmer und Arbeitnehmer sitzen dabei im gleichen Boot, ohne sich dessen recht bewußt zu sein. Sie beide müssen immer erst einmal so viel erarbeiten, daß der Kapitalgeber wenigstens seinen Zins oder den Zinsanteil in seiner Rendite bekommt. Sie, die wahren Produzenten, können ihre erste Deutsche Mark erst verdienen, wenn sie vorher das erarbeitet und verdient haben, was sie dem Kapitalgeber, dem Scheinproduzenten, schulden; und das ist, wiederum vereinfacht ausgedrückt, mindestens der Zins.

Selbst wenn also Unternehmer und Arbeitnehmer den kapitalbedingten Streß in ihrem gemeinsamen Boot leid wären und sich entschlossen, etwas weniger hektisch, dafür aber etwas menschlicher und vielleicht auch etwas umweltfreundlicher zu arbeiten und zu wirtschaften: Sie könnten es nicht! Der Druck, immer zuerst einmal die Renditeforderungen des Kapitalgebers zu befriedigen, bevor sie selbst etwas übrigbehalten, hält sie auf Trab. Sie können ihren eigenen Bedarf erst befriedigen, wenn sie das Kapital bedient haben mit Zinsen oder Renditen.

So halten die reichen Nichtbedürftigen (die »Kapitalisten«) die Unternehmer, Arbeiter und Angestellten (die Produzenten) auf Trab und bitten am Ende immer die bedürftigen Menschen (die Konsumenten) direkt oder indirekt zur

Kasse: nicht etwa um der Befriedigung irgendwelcher noch sinnvoller eigener Bedürfnisse, sondern um der Kapitalvermehrung willen. Die »kapitalistische Geldordnung« setzt Unternehmer und Arbeitnehmer geldordnungsbedingt unter *übermäßigen* Rentabilitätsdruck. Sie müssen nicht nur sparsam wirtschaften. Dazu sind sie ohnehin immer motiviert, wenn und solange sie die Folgen von Mißwirtschaft und Faulheit selbst zu tragen haben. Sie müssen vielmehr so hart arbeiten und andere Lebenszwecke so weit zurückstellen, daß sie nicht nur selbst davon leben, sondern immer vorweg ihre Pflichten gegenüber dem Kapital erfüllen können, und zwar bei Strafe des Konkurses und der Arbeitslosigkeit. Außerdem müssen sie über die Steuern und Abgaben alle jene Aufgaben mitfinanzieren, die, weil sie dem unnötig hohen Rentabilitätsstandard des Zinses nicht genügen, subventioniert oder ganz von der öffentlichen Hand übernommen werden müssen. Dann wundert man sich, daß die Lohnstückkosten und die Belastungen der Unternehmer zu hoch seien.

So stehen Unternehmer, Arbeiter und Angestellte – alle Produzenten zusammen und im gleichen Boot! – unter dem ständigen Druck *überzogener* Rentabilitätsanforderungen. Dieser Druck wirkt sich auf die menschlichen Beziehungen verheerend aus, wenn im brutalen Wettbewerb ums ökonomische Überleben gekämpft wird, weil der Zins- und Renditesog beim geringsten Nachgeben den Unternehmern, Arbeitern und Angestellten nicht etwa nur das Einkommen schmälert, sondern buchstäblich die Kapitalgrundlage unter den Füßen hinwegzieht. Sie sind durch die Geldordnung dazu »verurteilt«, nicht nur eigenes Auskommen zu erwirtschaften und auch nicht nur Bestandserhaltung bei den ihnen überlassenen Realkapitalien, sondern darüber hinaus Bestandsvermehrung für das Kapital – in Größenordnungen, die wenigstens dem Renditesatz einer Geldkapitalanlage (Zins) entsprechen.

Umweltzerstörung

Der übermäßige Rentabilitätsdruck sorgt auch dafür, daß in Unternehmen andere Gesichtspunkte als die des Profits, z.B. der Umweltschutz, besonders schlechte Chancen haben, ganz abgesehen vom Umweltschadungsdruck, der von dem schon erwähnten Wachstumszwang ausgeht. Wer etwas für die Umwelt tun will, muß zur Zeit gegen diesen doppelt kräftigen Strom anschwimmen: gegen den Wachstumszwang und gegen den übermäßigen Rentabilitätsdruck, die freilich beide zusammenhängen. Kein Wunder, daß die Umwelt dabei auf der Strecke bleibt.

Verschlimmerung des Recyclingproblems durch die Kosten seiner »Lösung«

Bei alledem haben wir es mit einem verhängnisvollen, sich selbst verstärkenden und verschlimmernden Zusammenhang zu tun: mit einer positiven Rückkopplung. Das muß auf die Dauer zu Krisen führen. Jedesmal, wenn Liquidität aus den »vollen Kassen ohne Bedarf« in die »leeren Kassen mit Bedarf« zurückgeleitet wird, kostet das die »leeren Kassen« Zins. Der Zins stellt die Kosten des Recyclings der Liquidität aus den vollen in die leeren Kassen dar. Aber eben dieser Zins macht die vollen Kassen noch voller und den Mangel an Liquidität bei den Bedürftigen mit den leeren Kassen noch größer. So wird das Problem, das mit dem Recycling durch Kredit »gelöst« wird, mit jedem Recycling nur noch schlimmer: »positive Rückkopplung«. Wie bei den Zinseszinsen fängt alles ganz langsam und harmlos an. Man nimmt es zunächst gar nicht wahr. Doch dann geht es immer schneller. Alle merken dann die Wirkungen und spüren sie als Krise.

Leerlauf im monetären Wasserkopf der Volkswirtschaft

An sich handelt es sich bei der Vergabe von Kredit um einen *realwirtschaftlichen* Leistungsaustausch: Kaufkraft von heute wird gegen Kaufkraft von morgen getauscht und umgekehrt. Die Zwischenschaltung von Geld mit seinen Liquiditätseigenschaften bewirkt jedoch, daß sich die monetäre Seite von Kredit und Liquidität verselbständigt und am Ende den realwirtschaftlichen Vorgängen quantitativ über den Kopf zu wachsen droht.

Je stärker der monetäre Bereich (und dementsprechend der Bankensektor einer Volkswirtschaft) durch die beschriebenen positiven Rückkopplungsschleifen im Recycling-Netzwerk für die Liquidität aufgepumpt wird, desto mehr Liquidität wird zur Abwicklung der rein monetären Transaktionen innerhalb des monetären Wasserkopfes dieser Volkswirtschaft absorbiert. Während monetäre Liquidität »an sich« für Zahlungsvorgänge bestimmt ist, denen realwirtschaftliche Transaktionen gegenüberstehen, wird mehr und mehr Liquidität für Kreditaus- und -rückzahlungen, für Zinsdienste und für Umschuldungsvorgänge in Anspruch genommen: eine Art »Leerlauf« innerhalb des monetären Wasserkopfes, bei dem ein Teil der »wirksamen Geldmenge« beschäftigt ist, also für die Abwicklung von Zahlungsvorgängen im realwirtschaftlichen Bereich ausfällt. Wird dem geldmengenpolitisch nicht Rechnung getragen, sind Deflationserscheinungen denkbar.

Den empirischen Befund zu diesen theoretischen Einsichten liefert heute noch anschaulicher als die Zustände etwa in unserer Volkswirtschaft die inter-

nationale Verschuldung: Hektische Betriebsamkeit auf monetärer Ebene, Stagnieren realwirtschaftlicher Transaktions- und Produktionsvorgänge.

Der Zins des Geldes - des Pudels Kern?

Woher kommt der Wachstumszwang? Das haben wir gesehen: vom Zins des Geldes. Woher kommt der übermäßige Rentabilitätsdruck? Auch das haben wir gesehen: vom Zins des Geldes. Woher kommt die verhängnisvolle positive Rückkopplung in der Recycling-Schleife des monetären Systems? Vom Zins des Geldes. Was speist den Leerlauf von Transaktionen im monetären Bereich? Der Zins des Geldes. Der Zins des Geldes also führt uns zur Ursache der beschriebenen (und anderer) Probleme.

Wie denn: Der Zins soll nicht selber die Ursache sein, sondern seinerseits nur wieder Symptom und Folge? Jawohl! Der Zins ist selbst nur Symptom und Folge von ganz bestimmten Eigenschaften unseres Geldes: Der Zins (im Sinne des positiven Ertrages einer Geldanlage) hat seine Ursache in der Struktur und Eigenschaft unseres Geldes, das ein »Geld mit Mehrwert« ist. Denn der Zins ist nur die selbst wieder monetarisierte Erscheinungsform derjenigen Vorzüge des Geldes, die Geld zu dem machen, was es ist. Der Zins ist der Ertrag vermarkteter Liquidität. »Liquidität« wiederum ist der Mehrwert des Geldes »in Natur«, also der »Mehrwert« in seiner noch nicht selbst wieder als Zins oder Rendite in Geld umgesetzten Erscheinungsform.

3. Der Mehrwert des Geldes

Der verhängnisvolle Irrtum des Karl Marx

Jetzt ist vom »Mehrwert« die Rede. Damit werden Beziehungen zur Mehrwertlehre von Karl Marx hergestellt. Es geht in der Tat um den gleichen Stein des Anstoßes. Aber meine Analyse ist im entscheidenden Punkt der von Karl Marx genau entgegengesetzt. Karl Marx und Pierre Joseph Proudhon haben sich seinerzeit über Ursache und Herkunft des »Mehrwertes« gestritten (vgl. Suhr 1983, 12-24). Heute läßt sich zuverlässig sagen: In diesem Streit war nicht Karl Marx, sondern Proudhon auf der richtigen Fährte.

Für Karl Marx ist der Mehrwert das Ergebnis eines ausbeuterischen Produktionsprozesses: Der Mehrwert hat nichts zu tun mit besonderen Eigenschaften

des Geldes. Er hat auch nichts zu tun mit dem Zins, der für Geld gezahlt wird. Für Proudhon dagegen hängt der Zins mit den Eigenschaften des Geldes zusammen, und Produktionsmittel werfen nur deshalb eine Rendite ab, weil ein Unternehmer, der Kapital braucht, es vom Kapitalgeber nur bekommt, wenn der Unternehmer dem Kapitalgeber als Rendite wenigstens so viel zahlt, wie der Kapitalgeber in jedem Falle Zins bekäme, wenn er sein Geld anderweitig verliehe. Für Proudhon also ist der Mehrwert eine Folge der Eigenschaften von Geld.

Marx hing dem Irrtum an, daß Geld Zins bringt, weil Produktionskapital sich rentiert. Richtig ist dagegen, daß die (vermehrbaren) Produktionsmittel sich auf lange Sicht nur deshalb zinsähnlich rentieren, weil Geld sich verzinst. Könnte sich nämlich der Unternehmer zinslos Geld besorgen, dann würde er sich die Produktionsmittel selbst kaufen und wäre nicht so dumm, für die Überlassung von Produktionsmitteln an irgendeinen Kapitalgeber Renditen zu zahlen. (Es geht hier nur um den Zinsanteil in Renditen, nicht um etwaige, wohlverdiente Risikoprämien: Risiken kann man auch übernehmen und Risikoprämien dafür erhalten, ohne daß man Kapital ins Unternehmen gibt, z.B. durch Übernahme einer Haftung.)

Karl Marx hat sich geirrt. Scharen von sozialkritischen Ökonomen seit Marx sind ihm in diesem Irrtum willig gefolgt. Verheerend hat sich die Praxis ausgewirkt, die auf diesem Irrtum fußte. Auch bei Fachökonomen, die durchaus keine Marxisten sind, stößt man häufig auf die Vorstellung, Geld verzins sich, weil Realkapital produktiv sei. Solche von der Alltagserfahrung (scheinbar) bestätigten Vorstellungen tragen selbst Fachökonomen und ökonomische Praktiker aus Wirtschaft und Politik mit sich herum, die es sich auf Grund ihres eigenen, besseren theoretischen *Wissens* doch auch richtig sollten *vorstellen* können. Hier hinkt die Vorstellung und Anschauung weit hinter den richtigen und längst auch formalisierten Erkenntnissen der Theorie her - so sehr, daß die alten Fehlvorstellungen die Einsicht in die richtigen Konsequenzen eigenen besseren Wissens geradezu blockieren: Die falsche Alltagsanschauung sperrt wie das berühmte »Brett vor dem Kopf« den Zugang zur konsequenten Vertiefung und Veranschaulichung längst für richtig erkannten theoretischen Wissens.

Selbstverständlich kann starker Investitionsbedarf die Zinsen hochziehen. Also *scheint* es, als hänge der Zins von Realkapitalrenditen ab. Das trifft zu, soweit die Nachfrage nach Kapital für Investitionen in hochrentable Vorhaben den Ton angibt. Sobald jedoch Sachkapital sich weniger gut rentiert, kehren sich die Zusammenhänge um: Solange dann noch irgend ein anderer Kreditbedarf besteht, etwa von Konsumenten oder der öffentlichen Hand, kommt alsbald der Punkt, wo Sachinvestitionen weniger Ertrag erwarten lassen als Anlagen in Geldvermögenstiteln. Und selbst dann, wenn Kredit nicht mehr nachgefragt wird, findet das Absinken des Zinses seine Grenze an der »Vorliebe für Li-

liquidität« bei den Kassehaltern. Also setzt der Zins die Rentabilitätsschwelle für Sachinvestitionen, und diese müssen nur deshalb einen Ertrag abwerfen, weil Geld sich verzinst. Vor allem: Die chronische Fehlleitung der Liquidität hinein in den monetären Bereich vermittelt der Zinsen und Renten sorgt zuverlässig dafür, daß der realwirtschaftliche und der Beschäftigungsbereich durchschnittlich ebenso chronisch unter Mangel an Liquidität leiden, so daß der pathologische Prozeß selbst dafür sorgt, daß die Nachfrage nach »Krediten« nicht nachläßt und der Zins nicht zu tief sinkt.

Der Zins als »Pachtzins« für den Jokervorteil von Geld

Wenn also nach allem unsere Probleme zu einem großen Teil auf den Zins des Geldes zurückzuführen sind - worauf ist dann der Zins des Geldes zurückzuführen? - Wenn Geld ein so besonderer Tauschgegenstand ist, daß man bereitwillig Zins zahlt für die vorübergehende Überlassung von Geld, dann bietet das Geld offenbar während der Zeit, während derer man es hat (und während derer der andere darauf verzichtet), Vorteile, und zwar Vorteile, die selbst wieder geldwert sind.

Wir müssen also diejenigen geldwerten Vorteile des Geldes in der Kasse herausfinden und beschreiben, für die der Kreditnehmer Zins zu zahlen bereit ist. Was also zeichnet das Geld gegenüber allen anderen Tauschobjekten aus?

Ganz einfach: Geld ist *valutierte Liquidität*. Mit dieser Eigenschaft ist es der *Joker* unter den vielfältigen Tauschobjekten, die auf dem Markt gehandelt werden. Das Geld unterscheidet sich von anderen konkreten und bestimmten Waren, Dienstleistungen und Risikobereitschaften, die die Wirtschaftssubjekte austauschen, ganz ähnlich wie sich ein Joker, der im Kartenspiel alle anderen Karten vertreten kann, von den bestimmten Karten, und seien sie noch so gut, unterscheidet. Für bestimmte Tauschobjekte braucht man ganz bestimmte Tauschpartner an ganz bestimmten Orten und zu ganz bestimmten Zeiten; Geld aber kann jedermann an jedem Ort zu jeder Zeit gebrauchen.

Es sind diese Jokervorteile des Tauschmittels Geld, die geldwert sind: Sie bieten dem Geldbesitzer Beweglichkeit, Chancen und Sicherheit, so daß er bereit ist, für die Überlassung des monetären Jokers »Geld« den Zins zu zahlen, - so wie der Geldgeber nur bereit ist, auf die geldwerten Jokervorteile seines Geldes zu verzichten, wenn man sie ihm für die Zeit des Verzichtes vergütet.

In der ökonomischen Theorie laufen die geldwerten Vorteile des Geldes in der Kasse, die ich hier »Jokervorteile des Geldes« nenne, unter dem Stichwort »Liquidität«. Man spricht von der »Neigung der Wirtschaftssubjekte zur Liquidität« und von den Vorteilen, die liquide Mittel in der »Transaktionskasse«,

»Spekulationskasse« und »Vorsichtskasse« bieten. Insofern deckt sich meine Jokertheorie des Zinses mit der heute praktisch unbestrittenen Einsicht, daß der Zins als Liquiditätsverzichtspreis gedeutet werden muß (soweit er Preis für die Überlassung von monetärer Liquidität und nicht etwa Inflationsausgleich oder Risikoprämie ist).

Die Jokervorteile des Geldes lassen das Geld erst zu dem werden, was es ist: zum idealen Tausch-, Zahlungs- und Zirkulationsmittel der Volkswirtschaft. Aber an diesen segensreichen Eigenschaften des Geldes hängt der Zins, und am Zins die verhängnisvollen Folgen, von denen bisher hier die Rede war.

Man kann sich übrigens den Zins in seiner Eigenschaft als Preis für den Jokervorteil des Geldes am besten vorstellen, wenn man zur Veranschaulichung des Vorganges einmal nicht von »Kredit«, auch nicht von »Geldverleih«, und schon gar nicht von der »Überlassung von Kapital« spricht, sondern sagt: Der Geldbesitzer kann die Jokervorteile seines Geldes in der Kasse »in Natur« genießen, indem er »Kasse hält« zu Transaktionszwecken, zu Spekulationszwecken oder zu Vorsichtszwecken. In diesem Falle nutzt er als Unternehmer, Spekulant oder Privatmann die ökonomischen Vorteile oder die privaten Annehmlichkeiten von *Liquidität als solcher*. Der Geldbesitzer kann die Jokervorteile seines Geldes aber auch an einen Konsumenten oder Investor, der gerade Liquiditätsbedarf hat, »verpachten« und für die Dauer des Geschäftes eine Vergütung für die zeitweilige Überlassung des Pachtgutes »Liquidität« aushandeln. Dann vermarktet er die Liquidität und kassiert den *Liquiditätspreis*. Der Zins erscheint dann als »Pachtzins« für den Jokervorteil von Geld.

Das bringt die Zusammenhänge endlich richtig zur Vorstellung - auch, daß der Wert des Geldes beim »Verpächter« verbleibt: Ähnlich wie der Verpächter eines Bauernhofes Eigentümer bleibt, bleibt der Verpächter von Liquidität Inhaber des Wertes seines »verliehenen« Geldes. Der Wert dieses Geldes ist verkörpert und verbucht in Gestalt des Rückzahlungsanspruchs aus dem Darlehensverhältnis. Dem möchte der eine oder andere wohl wieder entgegenhalten: Der Kreditnehmer erhalte nicht nur Liquidität, sondern irgendwie eben doch den Wert des geliehenen Geldes, und um den gehe es beim Kredit, nämlich um die Überlassung von Kapital. Dieser Einwand ist so plausibel, ja allem Anschein nach so evident, daß er schwer auszuräumen ist, mögen wiederum klare Einsichten der ökonomischen Theorie noch so sehr gegen die Alltagsvorstellung vom Zins als Preis für die »Überlassung von Kapital« sprechen.

Daß der Kreditnehmer »Kapital« braucht und für dessen Überlassung zahlt, scheint sich vor allem daran zu zeigen, daß er ja auch den Zins zahlen muß nicht nur für die Zeit, während er die »gepachtete« Liquidität in der Kasse bereithält, sondern für die gesamte Laufzeit des Darlehens.

Und doch ist der Zins nur der Preis für die Überlassung der Liquidität (Risiko- und Inflationsausgleichsprämie wiederum vernachlässigt). Man muß es nämlich aus der Sicht des Darlehensgebers sehen; denn der verlangt den Preis für den Verzicht auf die Liquiditätsvorteile. Solange er sicher sein kann, während der Laufzeit des Darlehens seine Zinsen und am Ende seine Valuta zurückzuerhalten, ist es ihm egal, was der Darlehensnehmer mit der Liquidität anstellt:

- Ob dieser sie aus betriebswirtschaftlichen Gründen ständig *in der Kasse bereithält*. In diesem Falle nutzt der Darlehensnehmer tatsächlich die Liquidität, für die er den Zins als Preis zahlt, genau so lange, wie er dafür zahlt. Er hat jetzt zum einen ständig die Vorteile der Liquidität, und zwar »in Natur«, aber er zahlt dafür den Marktpreis, so daß sich Vorteil und Nachteil ungefähr die Waage halten. Er nutzt die Vorteile der Liquidität und muß dafür »Bestandhalterkosten« einkalkulieren und abbuchen. Er hat »Liquiditätskosten«, die den Liquiditätsvorteilen in etwa entsprechen.
- Oder ob der Darlehensnehmer das Geld ausgibt für Konsumzwecke, es verschenkt, verliert oder sonst »verjubelt«.
- Oder ob er es gewinnbringend »investiert«.

Angenommen, der Darlehensnehmer gibt das geliehene Geld aus für Maschinen. Dann verfügt nicht mehr er selbst über die Liquidität, sondern der Verkäufer der Maschinen. Jetzt sind »Nutzer der Liquidität« und »Schuldner des Preises für die Überlassung von Liquidität« nicht mehr identisch. Während jetzt der Verkäufer der Maschinen die erhaltene Liquidität kostenlos nutzen kann (Opportunitätskosten wiederum ausgeklammert), zahlt der Darlehensnehmer weiterhin für die Überlassung von Vorteilen, die er *gar nicht mehr hat*. Er muß sich also anstrengen, damit die Maschinen sich als so vorteilhaft erweisen, daß er den Zins aufbringen kann. Das alles verursacht den Schein, der dazu verleitet anzunehmen, der Zins sei »Preis für die Überlassung und Nutzung von Kapital«, statt folgerichtig die Erkenntnis beizubehalten, daß der Zins der Preis ist und bleibt für die Überlassung von *Liquidität*.

Statt auf diese optische Täuschung hereinzufallen, sollten Kritiker meines Konzeptes und sollten Fachökonomien überhaupt einmal den beschriebenen Befund zum Anlaß nehmen nachzudenken: Wieso nehmen sie keinen Anstoß daran, daß hier nicht jeweils derjenige, der den Nutzen hat, auch die Kosten trägt? Wieso fällt ihnen bisher nicht einmal auf, daß immer nur der arme Erste in der Reihe, nämlich der Kreditnehmer, der bloß einen transtemporalen Kaufkraftaustausch bewerkstelligen möchte, den Preis für eine Liquidität zahlen muß, die längst andere, und zwar kostenlos, nutzen? Welche Folgen hat diese Durchbrechung des marktwirtschaftlichen Grundsatzes: »Wer den Nutzen hat, soll auch die Kosten tragen« unter ordnungspolitischem Aspekt?

Volkswirtschaftliche Fehlallokation

Wer seinen Bedarf im wesentlichen befriedigt, aber noch Geld in der Kasse hat, der braucht sein Geld nicht mehr zur Befriedigung seiner Bedürfnisse auszugeben, sondern der kann die Jokervorteile seines Geldes verpachten und auf diese Weise sein Geld nutzen, ohne es auszugeben. Das hat zur Folge, daß das Geld für die Wohlhabenden, die es übrighaben, mehr wert ist als für die anderen, die zu wenig davon haben. Geld hat einen »Mehrwert« für die Wohlhabenden, die es anlegen können. Der monetäre Pachtzins, der dann von dem Kreditnehmer gezahlt werden muß, fließt in Kassen, wo das Geld wiederum typischerweise nicht einem Bedarf zur Nachfrage verhilft, sondern neue rentierliche Anlagen sucht. Das aber war der verhängnisvolle Umweg, auf dem die Gelder in unserer Volkswirtschaft laufen. Insofern bewirken die Jokervorteile des Geldes Zinsströme, die als *volkswirtschaftliche Fehlallokation* zu Buche schlagen, nämlich funktionswidrig durch Kassen ohne Bedarf fließen. Die für die realwirtschaftlichen volkswirtschaftlichen Transaktionen unentbehrliche Liquidität wird *fehlgelitet*: aus dem realwirtschaftlichen in den monetären Bereich und steht der Wirtschaft nur zur Verfügung gegen Zins, der die Fehlallokationen verschlimmert, denen durch das Recycling durch Kredite abgeholfen werden soll.

Verfassungswidrige Umverteilung von unten nach oben

Da die Zinsströme typischerweise aus den leeren Kassen mit Bedarf in die vollen Kassen ohne Bedarf, also auch von den Bedürftigen zu den weniger Bedürftigen hinfließen, handelt es sich um eine geldordnungsbedingte Umverteilung von unten nach oben, die als solche weder mit dem Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG verträglich ist noch mit dem Prinzip sozialer Rechtsstaatlichkeit (vgl. Suhr 1982, 91-116). Unsinnig ist aber erst recht unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt der damit verbundene Zwangssparprozeß, dem Produzenten und Konsumenten zugunsten der Anleger ständig unterworfen werden. Wenn einen also das Gerechtigkeitsargument kalt läßt, so sollte doch wenigstens der kühle nüchterne ökonomische Verstand hier einhaken und über Möglichkeiten nachsinnen, der Fehlallokation von Liquidität ein Ende zu bereiten, ohne andernorts funktionstüchtige Strukturen der Marktwirtschaft zu stören.

Institutionelle Spuren des überlieferten Geldwesens

Wenn das Geld den Wohlhabenden eine im Durchschnitt bessere Chance im Tausch bietet als denjenigen, die nur ihre eigene Leistung zum Markte tragen, dann ist zu vermuten, daß sich Kapitalgeber bei Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Arbeitern jeweils bessere Spielregeln haben ausbedingen können, so daß man die Vorteile des Geldes wiederfinden müßte in vorteilhaften Positionen der Kapitalgeber in den Unternehmen - und tatsächlich sprechen die Entscheidungsrechte, die dem Kapitalgeber in Unternehmen zuzustehen pflegen, dafür, daß das Geldwesen hier seine Spuren hinterlassen hat bis hinein in die Strukturen der Unternehmensverfassungen.

Von der Symptomtherapie zur Behandlung der Ursachen

Es hat sich gezeigt: Entscheidende Probleme und Mängel unserer Wirtschaft lassen sich auf den Zins, und dieser auf die Jokervorteile des Geldes, zurückführen. Wenn man also die Probleme gründlich lösen und die Mängel nicht nur beim Symptom bekämpfen will, dann muß man auf die Jokervorteile des Geldes schauen und zusehen, was sich dort, bei den Eigenschaften und der Struktur monetärer Liquidität machen läßt, um den verhängnisvollen Wirkungen beizukommen. Insofern brauchen wir »eine neue Geldordnung« - mag deren Unterschied zur heutigen auch nur gering sein.

Tatsächlich läuft die Therapie auf nicht mehr hinaus als darauf, *Nutzen und Kosten der Liquidität wieder miteinander zu verknüpfen*: so, wie in dem Fall, der oben erörtert wurde, nämlich in dem Fall jenes Darlehensnehmers, der sich Geld auf Kredit beschafft und es wirklich für Kassehaltung verwendet. Dieser »Kreditnehmer« und »Kassehalter« hatte »Liquiditätskosten« in Höhe des Marktpreises der von ihm vorgehaltenen Liquidität. Dieses Prinzip der *Konnektivität von Vorteilen und Kosten der Liquidität* wird verallgemeinert und damit zugleich jener ökonomische Widerspruch behoben, daß der Darlehensnehmer für Liquidität Zins zahlt, die längst andere nutzen. Das ist alles: eine Kleinigkeit, im Grunde *eine ökonomische Trivialität*.

4. Geld ohne Mehrwert

Die Ausgleichsabgabe zur Abschöpfung des Mehrwertes

Wenn man sich anschickt, unser Geldwesen so zu verändern, daß das Geld seine volkswirtschaftlichen Nachteile verliert, ohne seine Vorteile einzubüßen, scheidet eine scheinbar naheliegende Lösung sofort aus: Es kann nicht darum gehen, dem Geld eine Liquidität, seine Jokervorteile, zu nehmen. Was aber läßt sich denn dann noch tun?

Schaut man genauer hin, so treten die volkswirtschaftlichen Nachteile der Jokervorteile von Geld dadurch ein, daß dem Geldbesitzer *zusätzlich zu dem Kaufkraftnennwert* seines Geldes als monetäre Zugabe die *wirtschaftlichen Vorteile der Liquidität* in den Schoß fallen, ohne daß er dafür eine Gegenleistung zu erbringen hätte.

Nur daher, daß das Geld zusätzlich zu seinem Nennwert auch noch einen Liquiditätswert besitzt, kommt es, daß der Geldbesitzer, der die Jokervorteile seines Geldes »verpachtet«, ein Geschäft daraus machen kann. Dieses Geschäft wäre weniger lukrativ, wenn mit dem Geld *nicht nur* die Jokervorteile, *sondern auch* irgendwelche ökonomischen Nachteile verbunden wären: Nachteile, die die Jokervorteile kompensieren und aufzehren würden.

Dieser Gedanke ist nicht neu. Ich bewege mich damit nur auf den Spuren von John Maynard Keynes. Schon Keynes hat (ältere, etwas anders begründete Vorschläge aufgreifend) nicht nur erwogen, sondern sogar vorgeschlagen und geradezu empfohlen, dem Geld zum Ausgleich der mit ihm verbundenen Vorteile seiner Liquidität auch Nachteile anzuheften: nämlich Kassehaltung mit sogenannten »Durchhaltekosten« (carrying costs) zu belasten, - also eine Art Gebühr, Steuer oder Abgabe auf Kassehaltung zu erheben (vgl. Keynes 1936). Dieser Vorschlag ist z.B. auch enthalten im »Keynes-Plan« für den internationalen Währungsfonds, der sich jedoch 1944 nicht hat durchsetzen können, schon gar nicht im Punkte der Negativzinsen auf in Anspruch genommene Liquidität. Nachdem jener Teil des Keynes-Planes, der die Einführung einer neuen Währungseinheit (Bancor) vorsah, mit Einführung der Sonderziehungsrechte später doch verwirklicht worden ist, sollte man jetzt gerade im Hinblick auf die Zinsprobleme der internationalen Verschuldung endlich auch wieder nachdenken über den von Keynes vorgesehenen Negativzins auf (positiv oder negativ) in Anspruch genommene Liquidität: Es dürfte sich erweisen, daß man auf diese Weise die Krise von ihren monetären Wurzeln her angreifen kann.

Es gibt verschiedene monetäre Techniken, dem Geld »Durchhaltekosten« im Keynes'schen Sinne anzuheften. Solche »Durchhaltekosten« (oder moder-

ner »Bestandhalterkosten«) für Liquidität haben sich im Mittelalter, etwa zur Zeit der Gotik, auch schon über mehr als 200 Jahre lang bewährt (vgl. Suhr 1983, 136), ohne daß man freilich damals so recht wußte, warum die Wirtschaft so lange so gut funktionierte.

Die »Bestandhalterkosten auf Liquidität« laufen darauf hinaus, daß die ökonomischen Vorteile der Jokerqualitäten von Geld (Liquiditätsvorteile) durch die Abgabe kompensiert, also gewissermaßen abgeschöpft werden. Man kann deshalb von einer »Abschöpfung des Mehrwertes« durch eine »Ausgleichsabgabe auf Liquidität« sprechen. Wird der Mehrwert abgeschöpft, dann ist das Geld nicht mehr länger ein parteilicher Tauschmittler, der vor allem denjenigen Vorteilen zuschiebt, die Geld übrig haben, sondern dann ist das Geld endlich »neutrales Geld« im Sinne des monetären Ideals, mit dem die Ökonomen sich seit den 30er Jahren befassen (vgl. Suhr 1983, 110).

Weiterhin »Zins« i.S. von »Liquiditätsverzichtsprämie«

Gegen »Geld ohne Mehrwert« wird oft eingewendet, daß es sich um einen weiteren der zum Scheitern verurteilten Versuche handele, *den Zins abzuschaffen*; dieser Versuch würde zu Umgehungspraktiken führen wie andere Zinsverbote auch. Zudem würde die wichtige Lenkungsfunktion des Zinses nicht bedacht und außer Kraft gesetzt. Beide Einwände bezeugen jedoch ungewollt nur, wie wenig der Einwander verstanden hat, worum es geht. Sobald man nämlich bei Kredit, Liquidität, Liquiditätsvorteilen und »Bestandhalterkosten« auf Liquidität genauer hinschaut, wird das Wort Zins zu vieldeutig, als daß man es ohne präzisierende Vereinbarungen über die Bedeutung noch ohne weiteres benutzen dürfte.

Der landläufige »Zins« enthält meist mindestens:

- die Liquiditäts(verzichts)prämie,
- eine Risikoprämie,
- eine Inflationsausgleichsprämie, und er wird unterschwellig begriffen als das,
- was bei einer Geldanlage sich als Bestandsvermehrung niederschlägt.

Die »Liquiditätsprämie« ist der ökonomische Vorteil, der in Natur oder in Form des Preises von Liquidität mit Liquidität verbunden ist. Der »Zins« erscheint dann genauer als der ökonomische Vorteil aus der Vermarktung von Liquidität. Genau dieser Vorteil aus der Vermarktung von Liquidität bleibt unter den Bedingungen eines »Geldes ohne Mehrwert« *erhalten*.

Man muß sich nur ein ganz klein wenig in dem Modell auskennen und darin denken können, um das zu erkennen und einzusehen. Mit dem »Liquiditätsver-

zichtsverteil« bleiben dann selbstverständlich auch alle mit dem landläufigen »Zins« (insofern er Liquiditätsverzichtsprämie ist) verbundenen Lenkungsfunktionen. Die Falschlenkung freilich, die mit dem herkömmlichen Zins bewirkt wird, weil mit ihm eine Bestandsvermehrung herausgewirtschaftet werden kann – diese Falschlenkung freilich wird in dem Maße beseitigt, wie die Vorteile aus der Vermarktung der Liquidität nicht mehr wie bisher auf eine Bestandsvermehrung hinauslaufen, sondern zu Buche schlagen als Vermeidung von Bestandsverlusten, die eintreten, wenn jemand Liquidität einfach nur in der Kasse bereithält, ohne sie betriebswirtschaftlich wenigstens so intensiv zu nutzen, daß die Kassehaltung sich für ihn rentiert.

Die »Lenkungsfunktion des Zinses« bleibt also bei Einführung von »Geld ohne Mehrwert« nicht nur erhalten, sondern sie wird verbessert!

»Umlaufszwang« als Mittel gegen »Hortung«?

Es verdient betont zu werden, daß bislang an keiner einzigen Stelle davon die Rede war, daß die derzeitigen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen mit der Hortung von Geld zusammenhängen. Ebenso wenig ist behauptet worden, es bedürfe zur Vermeidung solcher Hortung eines »Umlaufzwanges« für das Tauschmittel »Geld«. Im Gegenteil, ich bin überzeugt davon, daß »Geldhortung« heute kein Problem ist und daß man mit der dogmatischen Litanei vieler Jünger von Silvio Gesell den monetären Strukturen unserer Wirtschaft in entscheidenden Punkten nicht beikommt. Deshalb ist es geradezu absurd und zeugt wiederum nur von Unkenntnis, wenn dem Konzept »Geld ohne Mehrwert« immer wieder unterstellt und vorgehalten wird, es arbeite mit den unzulänglichen oder unzutreffenden Kategorien der »Hortung« und des »Umlaufzwanges«.

Wird der ökonomische Vorteil von Liquidität (Kassehaltung) abgeschöpft, so wirkt das allerdings als ganz sanfter Druck auf Kassehalter dahin, bei der Optimierung ihrer Vorhaltung von Liquidität noch schärfer zu kalkulieren. Wo sie bisher bei zu großzügiger Kassehaltung Opportunitätskosten hatten in Gestalt entgangener Zinsen, dort treten dann echte Kosten ein. Das bewirkt einen leichten Angebotsdruck für Liquidität. Dieser sanfte Druck auf Kassehalter ist dem vergleichbar, der von einer schleichenden Inflation ausgeht; aber im Gegensatz zur herkömmlichen Inflation wirkt sich die Abschöpfung des Liquiditätsvorteils nur auf *die Kasse* aus, während *die Währung* davon verschont bleibt.

Aus dem leichten Angebotsdruck für Liquidität resultiert ein etwas größerer Wirkungsgrad der volkswirtschaftlichen Gesamtliquidität (»Zunahme der mittleren Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge«). Diese Zunahme der »Umlauf-

geschwindigkeit« ist also ein Nebeneffekt der geldordnungspolitisch gebotenen Abschöpfung des Liquiditätsvorteils. Sie würde während der Zeit des Überganges vom herkömmlichen Geld zu »Geld ohne Mehrwert« inflationierend wirken können, wenn und soweit ihr nicht mit den herkömmlichen, bekannten und hinreichend bewährten Mitteln der Geldmengensteuerung entgegengewirkt wird.

»Geld ohne Mehrwert« ist also kein *Spezialmittel* gegen Geldhortung, sondern ein ordnungspolitisches *Generalinstrument* zur Beseitigung von Strukturen in der Geldordnung, die auf permanente Fehlallokation der volkswirtschaftlichen Liquidität hinauslaufen.

Die Auswirkungen von »Geld ohne Mehrwert«

a) *Wirtschaft*: Geld ohne Mehrwert oder »neutrales Geld« zeitigt nicht jene oben erörterten volkswirtschaftlichen *Fehlallokationen*, leitet also keine Geldkapitalerträge (und damit auch kaum Realkapitalerträge von vermehrbaren Realkapitalien) auf Umwegen über falsche Kassen. Also entschärfen sich auch Probleme der Verschuldung, der Arbeitslosigkeit und des Wachstumszwanges genau in dem Umfang, wie sie mit den Umwegen des Geldes über die falschen Kassen verbunden sind. Es steht auch nicht zu befürchten, daß weniger Geld für Investitionen zur Verfügung steht, wenn die Leute mit vollen Kassen ohne Bedarf nicht mehr wie bisher Bestandsvermehrung mit Hilfe von Zinsen und Renditen erwirtschaften können. Im Gegenteil: nach allen Regeln der Konjunkturtheorie kommen die Investitionen in Schwung, wenn die Zinsen sinken. Die Investoren kommen billiger an Geld heran, und sie können schneller Eigenkapital bilden. Beides sind Gesundheitsbedingungen der Wirtschaft. Gleichzeitig mit der Verminderung der Zinsströme aus den leeren Kassen in die vollen Kassen steht in den leeren Kassen mehr Geld zur Verfügung, so daß vorhandener Bedarf mit vorhandenem Geld unterfüttert und dadurch zur Nachfrage wird. Also würde die Einführung von Geld ohne Mehrwert zur Belebung der Wirtschaft sowohl von der Angebotsseite (Investitionen) als auch von der Nachfrageseite her (Konsum) führen, zunächst also auch zu Wirtschaftswachstum. Dieses Wachstum aber wäre nicht erzwungen durch Kapitalgeber, die ihr Geld nur zur Verfügung stellen, wenn sie dadurch »Mehrwert« machen können – sondern dieses Wachstum wäre eine Folge echter Nachfrage nach Bedarfs- und Investitionsgütern.

Die Abschöpfung der Liquiditätsvorteile »greift« bei Finanzkapital und bei vermehrbarem Sachkapital, nicht bei knappen, nicht vermehrbaren Gütern und Ressourcen, insbesondere nicht bei Grund und Boden. Ob und inwieweit auch

bei diesen Gütern die Technik der Bestandhalterkosten eingesetzt werden kann (künstliche Bestandhalterkosten wie bei Abschöpfung des Liquiditätsvorteils oder reale Kosten von Häusern und anderen Realkapitalien), um die Knappheitsvorteile abzuschöpfen und sanften Nutzungs- oder Entäußerungsdruck auszulösen, ist ein anderes Thema.

b) *Umwelt*: Ökologen mögen jetzt dazu neigen, meinem Konzept kritisch gegenüberzustehen, weil es verspricht, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Diese Sorgen sind jedoch fehl am Platze. Wir brauchen eine gesunde Wirtschaft, in der Investitionsmittel auch für weniger rentierliche Aufgaben, insbesondere für die Umweltsanierung zur Verfügung stehen – eine Wirtschaft, in der alle durch ihre Leistung auf ihrem Platz dazu beitragen, daß diese Mittel reichlich vorhanden sind, und schließlich eine Wirtschaft, in der weder Unternehmer noch Arbeiter und Angestellte unter übermäßigem Rentabilitätsdruck sich für andere die Seele aus dem Leib schuften müssen. Wenn wir die Geldwirtschaft überhaupt beibehalten wollen, und dafür plädiere ich ganz entschieden, dann ist »neutrales Geld« im Sinne von »Geld ohne Mehrwert« die marktwirtschaftliche Bedingung dafür, daß wir in ein natürliches, gesundes Wachstum übergehen.

Im Idealfall läuft die Abschöpfung des Mehrwertes von Geld mit der daran hängenden Senkung auch der Renditen von vermehrbaren Realkapitalien darauf hinaus, daß Kapitalrenteneinkommen sinken und der Anteil des Arbeitseinkommens in der Volkswirtschaft steigt (im Modell gegen 100 % tendiert; die Knappheitsrendite bei nicht vermehrbaren Gütern ausgeklammert). Wenn individuelles Einkommen aber im wesentlichen *aus Arbeit* herrührt, sind ihm Grenzen gesetzt, anders als beim Einkommen aus kumulierbaren Kapitalien: Es greift die »Grenznutzenbremse«, von der oben die Rede war, so daß das Wachstum wieder mit realen Bedürfnissen und Arbeitslusten in Wirkungszusammenhang gebracht wird. Damit sind die Bedingungen für »natürliches« Wachstum erheblich günstiger.

Daß freilich Bedürfnisse ins Kraut schießen und künstliche hochgekitzelt werden können und ihre unbedingte Befriedigung durch automatisierte und roboterisierte Produktionsvorgänge pathologische, suchtartige Fehlsteuerungen mit sich bringen kann: das ist und bleibt nicht ausgeschlossen. »Geld ohne Mehrwert« läßt nur erwarten, daß zum einen die »soziale Frage« einer Lösung näher kommt (Gewinn an Gerechtigkeit und sozio-ökonomischem Gleichgewicht) und zum anderen gleichzeitig einige andere sensible Problemzonen von heute günstig beeinflusst werden (Arbeitslosigkeit, »Wachstumszwang«, stabile Währung).

»Geld ohne Mehrwert« ist nicht der Stein des Weisen, der alle Probleme löst, ohne selbst weitere auszulösen. Es ist nur eine Therapie, die jedenfalls auf

lange Sicht viel mehr und gewichtigere Probleme entschärft als sie Folgeprobleme selbst wieder mit sich bringt. Daß »Geld ohne Mehrwert« auch im Bereiche der ökologischen Probleme mehr und gewichtigere positive Auswirkungen haben würde als negative, das darf recht zuverlässig erwartet werden.

c) *Soziale Gerechtigkeit*: Bedarf es noch weiterer Ausführungen dazu, daß Geld ohne Mehrwert mehr Gerechtigkeit (vgl. Suhr 1983b, 322-339) in unser Gemeinwesen bringen wird? Dabei geht es nicht nur um mehr Gerechtigkeit im Sinne von sozialer Gleichheit, sondern zugleich und vor allem um Gerechtigkeit im Sinne von mehr Freiheit für Unternehmer, Arbeiter und Angestellte – kurz für alle, die etwas leisten wollen, um ihre eigenen Bedürfnisse und um die Bedürfnisse anderer zu befriedigen. Denn der Mehrwert des derzeitigen Geldes lastet auf allen, die in diesem Sinne etwas leisten, und er bringt nur denen Vorzüge, die eben dadurch Einkommen ohne Leistung einstreichen, daß die Geldordnung eine verkappte Subventionierung der Wohlhabenden durch die Produzenten und Konsumenten mit sich bringt.

d) *Kultur*: Es erscheint als überzogen, wenn ich behaupte, daß unter den Bedingungen eines Geldes ohne Mehrwert sogar die Kultur wieder eine bessere Chance habe. Doch eine einfache Überlegung kann plausibel machen, warum diese Erwartungen wahrscheinlich nicht falsch sind: Wenn heute jemand etwa DM 10.000 anlegen will, und er steht vor der Wahl, ob er Aktien, Obligationen, eine Skulptur oder ein Ölgemälde kaufen will – dann wird er sich für die Skulptur oder das Ölgemälde nur entscheiden, wenn die zu erwartende Wertsteigerung dieser Kunstgegenstände mit der Rendite der anderen Anlagen mithalten und konkurrieren kann. Kann aber der Anleger unter den Bedingungen eines Geldes ohne Mehrwert bei einer Anlage in Obligationen oder Aktien nur noch Bestandserhaltung, nicht auch noch Bestandsvermehrung durch Renditen erwarten, dann kann eine Skulptur oder ein Gemälde mit diesen Anlageformen schon konkurrieren, wenn es wertbeständig zu sein verspricht. Wenn der Anleger dann auch noch bedenkt, daß man von einer Skulptur im Garten oder von einem Gemälde an der Wand obendrein mancherlei andere *ästhetische Vorteile* hat, die die Obligation im Safe nicht bietet, dann fällt die Entscheidung für die Skulptur oder das Gemälde sehr viel leichter als unter den Bedingungen unseres Geldes *mit Mehrwert*, muß die Kunst mit dem Zins konkurrieren. Diesen unlauteren Wettbewerb mit den Jokervorteilen des Geldes zu gewinnen, macht ihr das Leben heute außerordentlich schwer.

Geldordnungspolitik oder Währungspolitik?

Mein Titel zielt auf »Geldordnungspolitik«, nicht auf »Währungspolitik«. »Geld ohne Mehrwert« ist ein Konzept aus dem Bereiche verfassungs- und ordnungspolitischen Denkens und Strukturierens. Insofern unterscheidet es sich von den eher interventionistisch konzipierten und angelegten Instrumenten der vertrauten Währungspolitik. Bei der Währungspolitik bleibt die Struktur des monetären Meß-, Verrechnungs- und Liquiditätssystems unberührt. Soweit bereits in dieser Struktur Mängel enthalten und Diskrepanzen vorprogrammiert sind, bleiben sie für die landläufige Währungspolitik *unerreichbar*. Sie kann allenfalls die Symptome behandeln, nie zu den strukturellen Ursachen vordringen.

Im Geld sind kraft seiner Liquiditätsvorteile Auswirkungen auf die Wirtschaft angelegt, die auf exponentiell wachsende Fehlallokationen von Liquidität hinauslaufen, denen gegenüber die herkömmliche Währungspolitik machtlos ist. »Geld ohne Mehrwert« tastet zwar die Liquidität des Geldes als solche nicht an, packt aber das Problem bei der Ursache aller damit zusammenhängenden Folgeprobleme, indem es die Vorteile der Liquidität dort, wo sie anfallen, sofort und ein für allemal abschöpft.

Weil Geldordnungspolitik (wie sie hier erörtert wird) und Währungspolitik (wie wir sie gewohnt sind) unterschiedliche Ansatzpunkte, unterschiedliche Instrumente und ihre je eigene Berechtigung besitzen, kann und soll eine Geldordnungspolitik die übrige Währungspolitik nicht verdrängen und erübrigen. Aber mit Hilfe von geldordnungspolitischen Maßnahmen kann der Entstehung vermeidbarer währungspolitischer Probleme vorgebeugt werden, so daß eine Entlastung der Währungspolitik durch die Geldordnungspolitik erreichbar erscheint.

Darüber hinaus hat die Abschöpfung des Liquiditätsvorteils selbst ein interventionistisches Moment insofern, als sie »fein dosierbar« ist. Der »strukturelle« politische Hebel der »Ausgleichabgabe auf Liquidität« kann also »interventionistisch« betätigt werden: je nach theoretisch erwarteten, tatsächlich eintretenden oder aus Erfahrung gewonnenen Ziel- und Zweckvorstellungen.

Literatur:

- Friedman, M., Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 1970
- Godschalk, H., Die geldlose Wirtschaft - vom Tempeltausch bis zum Bartering-Club, in: Bankhistorisches Archiv, Bd. 10, 1984
- Hankel, W./Krupky, H., Gegenkurs - Von der Schuldkrise zur Vollbeschäftigung, Berlin 1984
- Keynes, J.M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes, Berlin 1936
- Schlesinger, H., Deutsche Bundesbank-Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 48, 1984
- Suhr, D., Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft, in: Neue juristische Wochenschrift, Heft 9, 1983a
- , Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht, in: J. Starbatty (Hg.), Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft, Tübingen 1982
- , Geld ohne Mehrwert, Frankfurt/M. 1983
- , Gerechtes Geld, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. LXIX 1983, Heft 3